

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am 02.11.2000 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Entschuldigt fehlend) - vertreten durch Ratsfrau Heidrun Odendahl -	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz (Entschuldigt fehlend) - vertreten durch Rats Herrn Harald Senft -	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne
Enseroth, Ina-Carola (Entschuldigt fehlend) - vertreten durch Rats Herrn Winfried v. Wallis -	Fraktion MBM/F.D.P.
Schmidt, Maike	Fraktion PETO

Verwaltung

Spiecker, Gerd
Herrmann, Max
Bosbach, Hans
Trost, Uwe
Müchler, Gerhard
Brock, Hans Peter
Frömmer, Martin
Dr. Hennen, Karl-Heinz
Lehmacher, Theo
Thomanek, Georg

Hohmeier, Michael

Boldt, Günther (Schriftführer)

Beginn der Sitzung 18:00 Uhr

Ende der Sitzung 20:24 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnissnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2000/0739 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen
- Ö 4. 2000/0736 Zweitwohnungsteuer
- Ö 5. 2000/0734 Kreisumlage
- Ö 6. 2000/0721 Änderung der Entgeltordnung der Stadtbücherei
- Ö 7. 2000/0731 Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Betriebshofes
- Ö 8. 2000/0663 ABM-Stelle Koordination der Sanierung von Spielplätzen
- Ö 9. 2000/0692 Jugendwerkstatt der Stadt Monheim am Rhein;
- Einrichtung einer Maßnahme nach dem ESF- und Landesprogramm "Qualifizierung und Beschäftigung" - Politikfeld B -
- Ö 10. 2000/0691 Dorfplatz Baumberg
- Ö 11. Mündliche Anfragen
- Ö 12. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 13. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 14. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 15. 2000/0741 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen
- NÖ 16. 2000/0745 Personalangelegenheit
- NÖ 17. 2000/0730 Grundstücksangelegenheit
- NÖ 18. 2000/0729 Grundstücksangelegenheit
- NÖ 19. 2000/0743 Grundstücksangelegenheit
- NÖ 20. Mündliche Anfragen
- NÖ 21. Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Ö 3. 2000/0739 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2000/0736 Zweitwohnungsteuer

Ein Sprecher der SPD-Fraktion äußert, dass zusätzliche Steuern, die den Bürgern auferlegt würden, gut begründet sein müssen. Diese Begründung müsse vor allen Dingen vor Durchführung der Maßnahme den Bürgern erläutert werden. Eine Aufklärung sei sehr wichtig.

Die Begründung für die Zweitwohnungsteuer sei eigentlich einleuchtend. Es werden von ihm sowie auch anschließend vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion noch folgende Fragen gestellt, die auch in einem Schreiben vom Bund der Steuerzahler aufgeworfen werden:

1. Wie viel Steuerzahler sind von der Zweitwohnungsteuer betroffen?
2. Wie viele Arbeitskräfte werden mit der Erhebung und der Verwaltung der Zweitwohnungsteuer befasst sein?
3. Auf welchen Betrag belaufen sich die Personalkosten in diesem Bereich?
4. Auf welchen Betrag belaufen sich die Kosten für die Sachmittel der Erhebung und der Verwaltung der Zweitwohnungsteuer?
5. Welche sonstigen Aufwendungen fallen zusätzlich an und welche Kosten entstehen dadurch?
6. Sind von der Zweitwohnungsteuer in Monheim am Rhein auch Camper betroffen?
Wie viele Studenten und Pendler werden von dieser Steuer betroffen sein?

Im übrigen gibt der Vorsitzende der CDU-Fraktion dem Sprecher der SPD-Fraktion darin vollkommen recht, dass so eine Steuer bei Einführung auch gut begründet sein muss, damit nicht der Vorwurf der "Abzocke" entstehe.

Der Kämmerer führt aus, zu dem Thema "Camper" sei zu sagen, dass nach dem Melderecht jemand eine Wohnung innehat, wenn er mindestens 2 Monate ununterbrochen sich in dieser Wohnung aufhält. Demzufolge könnte erst dann ein Campingwagen oder ein Zelt als Wohnung zählen. Wenn jemand seinen Campingwagen oder sein Zelt das ganze Jahr über nur an Wochenenden nutzt, so gilt dies keinesfalls als Wohnung. Das bedeute, dass - wenn überhaupt - nur ein ganz kleiner eingeschränkter Kreis der Camper für diese Steuer in Frage komme. Es sei zudem sehr schwierig, eine dauerhafte Nutzung von mindestens 2 Monaten festzustellen. Entweder wohnt jemand dauerhaft oder fast ganzjährig auf dem Campingplatz, so dass die Steuer zu erheben ist oder nicht. Die Frage wird also zu vernachlässigen sein.

Wie viel Personen betroffen sind, wisse man noch nicht. Es sei eine Briefaktion gestartet worden, in der man alle Personen angeschrieben habe, die einen Zweitwohnsitz in Monheim angemeldet haben. Erst müsste der Rücklauf abgewartet werden, dann könne man mehr sagen. Der Aufwand für die Sachkosten (Brief und Porto) werde 5.000,- DM nicht überschreiten. Mit der Erhebung und Verwaltung der Zweitwohnungsteuer sei eine Person befasst. Auch habe man z.Zt. keine konkreten Daten, wie viel Steuern eingenommen werden. Die Verwaltung schlage daher vor, die Vorlage in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu vertragen. Dann könnten die Fragen umfassend beantwortet werden.

Dem Vorschlag wird vom Ausschuss zugestimmt. Die Vorlage wird in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertragen.

Ö 5. 2000/0734 Kreisumlage

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Gemäß § 82 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 6 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von
443.656,63 DM

bei Haushaltsstelle 9050.8310.00 –Kreisumlage- erteilt. Die Deckung erfolgt durch den Umlageausgleich Straßenverkehrsgesellschaft und über Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 6. 2000/0721 Änderung der Entgeltordnung der Stadtbücherei

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass in der Fachausschusssitzung der Betrag von 35,- DM für das Kopieren von Daten auf 100 MB-ZIP-Disketten incl. Datenträger für zu hoch angesehen worden sei. Er habe diesbezüglich nachgefragt. Die Gebühren seien schwankend und liegen bei bis zu 25,- DM. Würde das ZIP-Laufwerk berücksichtigt, sei der Betrag nicht so stark mehr abweichend. Bei dem Betrag von 35,- DM sollte man daher bleiben. Er rege jedoch an, die Computer mit CD-Brennern auszustatten. Das hätte folgende Vorteile, nämlich erstens könne fast jeder neue Computer zu Hause eine CD lesen, zweitens seien die CD-Rohlinge wesentlich billiger als die ZIP-Disketten und drittens sei der Datenumfang, den man auf eine CD brennen könne, wesentlich größer, als auf einer ZIP-Diskette untergebracht werden könne. Dieser Punkt sollte von der Verwaltung nochmal geprüft und ggfls. als Alternative oder aber zusätzlich in die Entgeltordnung aufgenommen werden.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion äußert, dass dieser Vorschlag nachdenkenswert sei, da die wenigsten ein ZIP-Laufwerk hätten, die meisten aber über ein CD-ROM-Laufwerk verfügen. Nach Meinung seiner Fraktion gehe aber der Betrag von 25,- DM Grundgebühr für die Nutzung aller Medien einschließlich Internet-Nutzung an der Realität vorbei. Die Gebühren sollten differenziert werden. Die Benutzer der Bücherei sollten nur das bezahlen, was sie auch in Anspruch nehmen. In Baumberg z.B. gebe es noch keinen Internet-Zugang. Trotzdem sollen aber alle Büchereibenutzer die 25,- DM bezahlen. Eine Differenzierung sollte daher in die Vorlage mit einbezogen werden.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass das Ziel eines öffentlich zugänglichen Internet-Terminals sein sollte, dieses Medium den Personen zu öffnen und den Zugang zu ermöglichen, die das zu Hause nicht haben, was immer noch der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung sei. Gebühren, insbesondere Pauschalgebühren, seien daher hinderlich. Er halte es für sinnvoller, die Benutzung über den Faktor Zeit zu reglementieren. Das bedeute, dass jemand das Internet-Terminal in der Stadtbücherei entgeltfrei für eine Stunde nutzen könne. Zudem sollte dafür gesorgt werden, dass bestimmte Inhalte nicht abgerufen werden können. Er plädiere also dafür, auf ein Entgelt grundsätzlich zu verzichten, ohne das jetzt jedoch zu beantragen.

Der Bürgermeister bemerkt, dass die Pauschalgebühr für den Benutzerausweis für die Stadtbücherei bisher 20,- DM betragen habe und jetzt lediglich auf 25,- DM angehoben werde. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion ist dazu der Meinung, dass zwar die modernen Medien für die jungen Leute immer wichtiger würden, dass aber die Anhebung der Pauschalgebühr für den Ausweis von 20,- DM auf 25,- DM durchaus angemessen sei. Ein weiterer Sprecher der CDU-Fraktion betont, dass ein Nulltarif abgelehnt werde. Ein Betrag sollte erhoben werden und 5,- DM mehr als bisher für 1 Jahr könne wohl jeder aufbringen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass man es für in Ordnung halte, für den Internet-Zugang einen moderaten Betrag zu nehmen. Sie weise aber noch mal darauf hin, man halte es aber nicht für in Ordnung, dass die Leute, die wirklich nur die Bücherei nutzen, das Internet mit finanzieren sollen. Es sollte daher eine Differenzierung in die Vorlage aufgenommen werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Angelegenheit im Rat nochmals beraten werde. Insbesondere soll die Frage der Ausstattung der Computer mit CD-Brennern geprüft werden, da Rohlinge wesentlich billiger sind als die ZIP-Disketten. Die Verwaltung sagt diese Prüfung zu.

Desweiteren wird die Auffassung vertreten, dass durch den Internet-Zugang keine Mehrbelastungen in welcher Form auch immer aufgebürdet werden dürfen.

Dieser weitergehende Antrag, dem die Verwaltung entspricht, wird vom Bürgermeister zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Unter Einbeziehung der zugesagten Prüfung einer Ausstattung mit CD-Brennern wird die Entgeltordnung der Stadtbücherei in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses (die Änderungen sind fett gedruckt).

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 7. 2000/0731 Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Betriebshofes

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, die Mitteilung nur zur Kenntnis nehmen zu können. Zu einzelnen Punkten in der Sachdarstellung seien noch Erläuterungen notwendig. So stellt sie Fragen zu den Qualitätsstandards des Grünflächenpflegekonzeptes und insbesondere auch zu den Einsparungen im Zusammenhang mit dem Umzug des Betriebshofes zur Siemensstraße in Höhe von 2.853.000,- DM. In diesem Punkt seien dringend weitergehende Informationen notwendig. Nach entsprechenden Ausführungen durch den Bürgermeister und der Verwaltung sowie weiterer Diskussion wird die Mitteilung von der SPD-Fraktion zur Kenntnis genommen, von der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion MBM/F.D.P auch zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ö 8. 2000/0663 ABM-Stelle Koordination der Sanierung von Spielplätzen

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass es zu einer Reihe von Spielplätzen Patenschaften gegeben habe. Er fragt nach dem Stand in diesem Punkt.

Die Verwaltung teilt mit, dass sich in Monheim 22 Kinderspielplätze und in Baumberg 23 Kinderspielplätze in städtischer Trägerschaft befinden, wovon je 11 Spielplätze von Spielplatzpaten betreut werden. Mehrere Spielplatzpaten teilen sich dabei mehrere Spielplätze in ihrer Betreuung auf. In der Regel seien es Personen, die in der Nähe zu diesen Spielplätzen wohnen. Es sei eine klare Aufgabe der Verwaltung, sich um die Spielplätze zu kümmern und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Das habe man in Form einer Dienstanweisung jetzt geregelt. Diese Anweisungen müssen jetzt umgesetzt werden. Es gebe noch geringfügigen Abstimmungsbedarf zwischen den Beteiligten. Im wesentlichen werde der Betriebshof durch sein Personal sicherstellen, dass die Verkehrssicherheit der Spielplätze gegeben ist. Spielplatzpaten können die Stadt unterstützen, z.B. als "Briefträger". Die Paten mit ihren Aufgaben hätten sich hervorragend bewährt. Deshalb werde die Stadt sich bemühen, auch für die Spielplätze Paten zu finden, für die noch keine Patenschaft besteht.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, dass dies eine wirklich wichtige Aufgabe sei, diese Patenschaften flächendeckend zu haben. Ein Sprecher der SPD-Fraktion fragt, ob die Rahmenbedingungen so klar seien, dass dann, wenn jemand eine Patenschaft übernehmen möchte, er auch wisse, unter welchen Konditionen er antritt.

Die Verwaltung entgegnet, dass die Tätigkeiten selbstverständlich vergütet werden. Die Tätigkeiten sind auch in einem Aufgabenkatalog geregelt. Die Spielplatzpaten unterliegen nicht dem Tarifrecht des öffentlichen Dienstes. Sie üben ihre Tätigkeit in erster Linie dann aus, wenn

andere schon zu hause sind oder auch an Wochenenden. Diese Leute würden mit einem ganz anderen Engagement ihre Aufgabe erfüllen als ein städtischer Bediensteter.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass der Antrag auf Förderung einer AB-Maßnahme für die Koordination der Sanierung von Spielplätzen, der auf einen Antrag der Grünen und Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zurückgehe, vom Arbeitsamt ja nun abgelehnt wurde. Mit dieser abgelehnten AB-Maßnahme habe man allerdings nicht das verbunden, was hier jetzt im Zusammenhang mit Spielplatzpaten diskutiert werde. Man halte es nach wie vor für sinnvoll, wenn jemand in der Verwaltung dafür zuständig ist, den Sanierungsbedarf festzustellen. Ein Spielplatzpate könne für Sauberkeit sorgen. Aber bei alten Spielgeräten könne auch ein Spielplatzpate nicht viel ausrichten. In diesem Zusammenhang würde es interessieren, was die Spielplatzpaten im einzelnen machen.

Die Verwaltung sagt zu, dass der Aufgabenkatalog dem Protokoll beigelegt werde. Man habe z.Zt. nur noch 4 oder 5 Spielplatzpaten, die die Patenschaft für insgesamt 22 Spielplätze übernommen hätten. Es bestehe Bedarf an weiteren Personen, die Patenschaften übernehmen wollen. Dafür sollte geworben werden.

Der Bürgermeister erwähnt, er wäre froh gewesen, wenn der Antrag der Grünen positiv beschieden worden wäre. Die Anregung werde die Verwaltung aber sicherlich in der Dienstvereinbarung umsetzen können.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Bürgerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen

Ö 9. 2000/0692 Jugendwerkstatt der Stadt Monheim am Rhein; - Einrichtung einer Maßnahme nach dem ESF- und Landesprogramm "Qualifizierung und Beschäftigung" - Politikfeld B -

Der Ausschuss beschließt:

Die Jugendwerkstatt wird beauftragt, ab dem 15.12.2000 eine einjährige „Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahme“ nach dem Europäischen Sozialfond (ESF)- und Landesprogramm für jugendliche Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger (im Alter zwischen 18 und 25 Jahren) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 2000/0691 Dorfplatz Baumberg

Die Ratsherren Gronauer (CDU) und Klein (SPD) haben Ausschließungsgründe angezeigt und im Zuhörerbereich Platz genommen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bringt zum Ausdruck, dass man über diese Entwicklung wie dargestellt froh sei. Es habe zunächst mehrere Varianten für die Gestaltung des Dorfplatzes in unterschiedlicher Form und Ausbaustufe gegeben. Dementsprechend waren auch eine ganze

Menge an Kosten diesen jeweiligen Planungen zugeordnet. Was man nunmehr feststelle, seien Ausgaben, die sich ganz deutlich unter den damals in den Varianten bezifferten Rahmen bewegen. Das u.a. deshalb, weil das bürgerschaftliche Engagement, vertreten durch den Baumberger Allgemeinen Bürgerverein, ganz positiv zu Buche schlägt. Hier werde von den Bürgern selbst eine Sache organisiert und eine Einrichtung geschaffen, die nach den Vorschlägen der Verwaltung erheblich mehr Geld gekostet hätte. Von daher werde die Vorlage sehr positiv gesehen. In dem einen oder anderen Punkt des Vertrages bedürfe es noch einer eher redaktionellen Feinabstimmung. Nach den Informationen sei es so, dass auch der Vorstand des BAB den Grundzug dieser Konzeption und des vorgeschlagenen Nutzungsvertrages so mittragen wird. Man werde der Vorlage also so zustimmen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert vorab, dass man einem Platz, der von den Bürgerinnen und Bürgern gewünscht werde, zustimme. Man vermisse jedoch Informationen über die Bürgerversammlung. Es wäre notwendig gewesen, das Protokoll zur Verfügung zu stellen. Mit der Vorlage selbst habe man ebenfalls einige Probleme. Man sei aber mit der Maßnahme in der abgespeckten Form, so sie denn die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger und der Anwohner trifft, und auf der Grundlage eines akzeptierten Vertrages grundsätzlich einverstanden. Die Vorlage sollte allerdings heute nicht beschlossen werden. Die Planung und Umsetzung bzw. Ausführung sollte noch im Fachausschuss behandelt werden. Vor der Entscheidung sollten dann die Anwohner über die geplante kleine Lösung zumindest informiert werden. Die Entscheidung könne durchaus im nächsten Haupt- und Finanzausschuss erfolgen. Man sollte keine Gelder, auch wenn es "nur rd. 31.000,-DM" sind, leichtfertig riskieren. Sie betont nochmals, dass man der Maßnahme zustimme, aber nicht heute.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass bei einer Vertagung nur Nachteile für die weitere Planung eintreten. Er stellt weitere Fragen, die von der Verwaltung beantwortet werden.

Eine Sprecherin der CDU-Fraktion bemerkt, dass ohnehin der Rat entscheiden würde und daher heute kein Grund für eine Ablehnung bestehe. Zu der angesprochenen Anwohnerbeteiligung sei anzumerken, dass der Platz nur 5mal im Jahr unter strengen Bedingungen und Auflagen genutzt werden solle. Das sei keine Mehrbelastung der Anwohner, die eine nochmalige Bürgerbeteiligung erfordere. Es sei eine moderate Vorlage geschaffen, die zum einen kostengünstig geplant und zusätzlich auch noch anwohnerfreundlich sei.

Der Bürgermeister sagt zu, dass Protokoll über die Bürgerbeteiligung bis zur Ratssitzung zur Verfügung zu stellen.

Der Kämmerer führt aus, dass der BAB jetzt den Dorfplatz preiswert errichtet. Die dauerhafte Finanzierung liege jedoch eigentlich in der Unterhaltung des Platzes. Da werde der BAB aber nicht tätig, was etwas ungewöhnlich sei. Es seien 5 Veranstaltungen im Jahr vorgesehen. Dafür verpflichtet sich der BAB, die im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen anfallenden Unterhaltungsarbeiten zu erledigen. Das sei eigentlich selbstverständlich, dass jemand, der den Platz mietet, anschließend aufräumt und Schäden beseitigt. Aber das Schneiden des Grases und das Beschneiden der Sträucher und Bäume als ganzjährige Leistung liege weiterhin bei der Stadt. Das sei sicherlich der größere Posten. Von daher wäre es ganz gut, wenn man im Sinne eines bürgerschaftlichen Engagements ein oder zwei Paten finden würde, die gerade diese Arbeiten erledigen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass diese Anregung des Kämmerers bis zur Ratssitzung geprüft werden sollte.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, diese Sache mit dem Vertragspartner zu klären. Der Platz bleibe ein städtisches Gelände, und im Zweifelsfall müsse die Stadt die Verantwortung dafür übernehmen. Es gebe noch einige Fragen, die bis zur Ratssitzung geklärt werden sollten. Auch sei sie nach wie vor der Auffassung, nochmals eine Information an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu geben, da dort doch eine ganze Menge Leute wohnen. Man dürfe nicht ganz an den Interessen vorbeigehen. Bis letzte Woche sei

noch nicht bekannt gewesen, dass es eine abgespeckte Version des Vorhabens gebe, sondern einfach noch die alten Bedenken und Ängste da waren.

Der Bürgermeister erklärt, dass nach seinen Informationen alle wesentlichen Vertragsbestandteile konsensfähig sind. An der einen oder anderen Stelle mag es noch redaktionelle Fragen geben, die ausgeräumt werden müssten. Der Rat und auch der Ausschuss sollten es so verstehen, dass sie die ordnungspolitischen Maßgaben vornehmen und die Feinarbeit der Verwaltung überlassen. Im übrigen bestehe der Hinweis des Kämmerers zurecht. In dem Nutzungsvertrag könne man in der Tat künftige Pflegemaßnahmen regeln. Diese Sache werde die Verwaltung mit dem Vertragspartner besprechen. Die Verwaltung werde versuchen, alle angesprochenen Punkte bis zur Ratssitzung zu klären.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion weist zur Klarstellung nochmals auf die jetzige bescheidene Lösung hin. Es stehe ein sozialer Treffpunkt mit 5 festen Veranstaltungen im Jahr zur Diskussion. Auf diesen bescheidenen Umfang sind auch die Kosten mit etwas mehr als 30.000,-- DM abgestimmt. Die Verwaltung sollte daher den Vertrag mit dem BAB unterschriftsreif machen.

Auf den nochmaligen Hinweis eines Sprechers der SPD-Fraktion, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger über die geänderte und abgespeckte Version zu informieren, um die negative Stimmung zu nehmen, entgegnet der Bürgermeister, dass diese Information verwaltungsseits natürlich vorgenommen werden kann, wodurch allerdings der weitere zeitliche Ablauf nicht länger aufgehalten werden dürfe. Den Punkt 2 des Beschlussvorschlages werde er für alle nochmals so interpretieren, dass damit ein Nutzungsvertrag gemeint ist, der dem Vertragsentwurf weitestgehend entspricht, wobei in Einzelpunkten, in denen nach der Diskussion noch Verhandlungsbedarf bestehe, noch nachverhandelt werden müsse, insbesondere vor dem Hintergrund dessen, was der Kämmerer gesagt habe. Dies Ermessen sollte der Verwaltung eingeräumt werden. Er stelle den Beschlussvorschlag daher so zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

1. Der von der Verwaltung ausgearbeiteten Planung zur Umgestaltung des Dorfplatzes in Baumberg wird zugestimmt.
2. Die Durchführung der Maßnahme wird vom Baumberger Allgemeinen Bürgerverein (BAB) übernommen und über einen Nutzungsvertrag geregelt.
3. Die von der Stadt dem BAB als einmaliger Zuschuss zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von DM 31.580,00 entsprechend dem der Vorlage beiliegenden Finanzierungsplan werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. Mündliche Anfragen

Ö 11.1 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger; "Nutzung Bürgerhaus"

Ratsfrau Hengsberger führt aus, sie nehme an, dass alle Ratsmitglieder die Kopie eines Briefes von Frau Wynen-Broscheit bekommen haben, in dem es um die Nutzung des Bürgerhauses gehe. Frau Wynen-Broscheit habe darin ihre Probleme geschildert.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass es hier um Personen und vertrauliche Dinge gehe. Er beantragt, diese Angelegenheit in der nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln.

Der Bürgermeister teilt dazu mit, dass morgen früh der Beigeordnete und der Leiter der Zentralen Dienste ein Gespräch mit Frau Wynen-Broscheit führen werden. Er hoffe, für alle Seiten eine vernünftige Lösung zu erreichen. Die Angelegenheit könne aber in der nichtöffentlichen Sitzung vertieft werden.

Ö 11.2 Mündliche Anfragen des Rats Herrn Nieswand (SPD);

a) "Fachbereich Stadtplanung und Bauwesen, Produkt 3.1.1.3"

Rats Herr Nieswand bemerkt, dass im Finanzbereich des Fachbereiches Stadtplanung und Bauwesen, Produkt 3.1.1.3 - Bebauungsplanung -, zu dem Thema "Erstellung eines mehrstufigen Konzeptes für das geplante Gewerbegebiet Baumberg-Ost" am 23.08.2000 ein Gespräch mit der Bezirksplanungsbehörde stattgefunden habe. Da man im Planungsausschuss nicht über den Inhalt dieses Gespräches informiert wurde, frage er, welchen Inhalt und welches Ergebnis diese Gespräch hatte.

b) "Vermessungen auf der Bürgerwiese"

Rats Herr Nieswand äußert, dass im Bereich der Bürgerwiese Monheim-Süd am Montag, den 30.10.2000, Vermessungsarbeiten stattgefunden hätten. Er fragt, was dort und mit welchem Ziel vermessen wurde.

c) "Wohnwagen Alfred-Nobel-Straße/Auf der Heide"

Rats Herr Nieswand teilt mit, dass auf dem Parkplatz an der Alfred-Nobel-Straße gegenüber der Kleingartenanlage "Auf der Heide" z.Zt. eine Menge Wohnwagen stehen. Er fragt, ob dieses der Verwaltung bekannt sei und wenn ja, wie die Versorgung mit Wasser und Strom und die Müllentsorgung geregelt sei und wie lange die Wohnwagen dort verbleiben sollen.

d) "Standrohr eines Verkehrszeichens"

Rats Herr Nieswand weist darauf hin, dass in der Ratssitzung am 28.09.2000 und in der Planungsausschusssitzung am 18.10.2000 die Demontage des alten Standrohres eines Verkehrszeichens auf der Kurt-Schumacher-Straße/Ecke Erich-Klausener-Straße zugesagt wurde. Ein neues Rohr mit einem Verkehrszeichen sei schon vor längerer Zeit aufgestellt worden. Er fragt, wann nun endlich dieses alte schiefe Rohr entfernt wird.

Zu a):

Der Bürgermeister teilt Rats Herrn Nieswand dazu mit, dass das Ergebnis des Gespräches bei der Bezirksplanung eigentlich bekannt sein müsste, da er bei der am gleichen Tag stattgefundenen Fachausschusssitzung anwesend war. Er selbst habe dort in aller Kürze berichtet. Die SPD-Fraktion habe in dieser Sitzung eine Anfrage zum Thema "Was passiert in Baumberg-Ost" gestellt. Darauf habe er geantwortet und die Position der Bezirksplanung klar gestellt.

Zu b):

Der Beigeordnete teilt mit, dass Vermessungsarbeiten im Bereich der Bürgerwiese Monheim-Süd auf Antrieb nicht bekannt seien. Es könne sich um Vorarbeiten für das Entwicklungskonzept handeln, es könne aber auch Fortführungsarbeiten anlässlich des dort benachbarten Sees betreffen. Er werde dies klären.

Zu c):

Der Bürgermeister teilt mit, dass der kommunale Ordnungsdienst zusammen mit der Polizei heute morgen um 10.00 Uhr dafür gesorgt habe, dass die Wohnwagen dort wieder verschwunden sind.

Zu d):

Der Beigeordnete teilt mit, dass er nochmals appelliert habe, das alte Standrohr endlich zu entfernen.

**Ö 11.3 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsherr Dr.Müller;
"Shell-Gelände und Deichbaustelle"**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass Monheim z.Zt. zwei Großbaustellen habe, nämlich die Deichbaumaßnahme und das Shell-Gelände. Er fragt, ob die Verwaltung es für möglich halte, an diesen beiden Standorten so etwas wie eine Besucherplattform zu installieren, wo der Interessierte z.B. Informationsplakate findet und sehen könne, was dort gemacht wird, ohne dass großartige Kosten anfallen.

Der Bürgermeister entgegnet, diese Anregung in das Fremdenverkehrskonzept mit einzubinden und den Beigeordneten zu bitten, Besuchergruppen mit dem Stadtbus - wie auch bereits geschehen - durch die Großbaustellen, insbesondere der Deichbaustelle, zu führen. Der Beigeordnete selbst bemerkt, dass er den Gedanken auch schon gehabt habe und auch beabsichtigt sei, die Anregung aufzugreifen. Bezüglich des Deiches sei zu erwähnen, dass man dort einen regen Besucherverkehr habe. Er sei fast an jedem Wochenende unterwegs. Es werde jede Gelegenheit genutzt, den Besuchern die Dinge näher zu bringen. Für Termine sei man ständig offen.

**Ö 11.4 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Ratsherr Pruin;
"Historischer Rundwanderweg"**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass laut Protokoll des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.12.1999 im Rahmen der Haushaltsplanberatungen der Antrag der Grünen mehrheitlich befürwortet worden sei, einen historischen Rundwanderweg zu planen bzw. ein Faltblatt zu erstellen. Er fragt, wann das der Fall sein wird.

Der Bürgermeister entgegnet, dass man eine Gesamtprojektplanung beabsichtige und daher sämtliche Broschüren, die herausgegeben werden sollen, in einer Broschüre zusammenfassen und miteinander verknüpfen wolle. Daran einschließlich des vorgesehenen historischen Rundwanderweges werde derzeit gearbeitet. Das ganze werde noch etwas dauern.

Ö 12. Mündliche Mitteilungen

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen .